

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES AM 22.04.2021

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 22.04.2021
Beginn: 17:38 Uhr
Ende: 21:00 Uhr
Ort: Alte Synagoge

Anwesend:

Vorsitzender

Bürgermeisterin Astrid Glos

CSU-Stadtratsfraktion

Stadträtin Nina Grötsch ohne Ziffer 12

Stadtrat Dr. Stephan Küntzer

Stadtrat Timo Markert

Stadtrat Andreas Moser ohne Ziffer 5

Stadtrat Thomas Rank ab 17:42 Uhr - Ziffer 4

Stadträtin Gertrud Schwab

Stadträtin Sabrina Stemplowski

Stadträtin Hiltrud Stocker

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadtrat Klaus Heisel

Stadtrat Manfred Paul

FW-FBW-Stadtratsfraktion

2. Bürgermeister Manfred Freitag

Stadtrat Dr. Uwe Pfeiffle

Stadtrat Tobias Volk

Stadtrat Georg Wittmann

ab 18:14 Uhr - Ziffer 6

ab 17:38 Uhr – Ziffer 1, ohne Ziffer 10,
da persönlich beteiligt

GRÜNE-Stadtratsfraktion

Stadträtin Christa Büttner

Stadträtin Dr. Gisela Kramer-Grünwald

Stadtrat Klaus Sanzenbacher

Stadträtin Andrea Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Walter Vierrether

Stadtrat Dirk Wittmann

ab 17:58 Uhr - Ziffer 5, ohne Ziffer 10,
da persönlich beteiligt

UsW-Stadtratsgruppe

Stadtrat Werner May

Stadtrat Siegfried Müller

KIK-Stadtratsgruppe

Stadtrat Klaus Christof

Stadtrat Wolfgang Popp

ab 17.55 Uhr – Ziffer 4

ÖDP-Stadtratsgruppe

Stadtrat Jens Pauluhn

ohne Ziffer 12

Stadträtin Bianca Tröge

AfD-Stadtratsgruppe

Stadtrat Lars Goldbach

BP-Stadtratsgruppe

Stadtrat Uwe Hartmann

ohne Ziffer 8

Ortssprecher

Ortssprecher Dieter Pfreuzinger

Berichterstatter

Stabsstelle Claudia Biebl

Stadtkämmerin Elisa Dietenberger

Bauingenieur Oliver Graumann

Verwaltungsrat Ralph Hartner

Rechtsdirektorin Susanne Schmöger

Angestellte Bettina Lode

Entschuldigt:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Stefan Güntner

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert Bürgermeisterin Glos den Stadträten Dr. Küntzer, Büttner und May zu deren Geburtstagen.

Es bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift des Stadtrates vom 16.03.2021 (Sondersitzung "Wohnen in Kitzingen") und 23.03.2021 (Haushaltsverabschiedung)

beschlossen

dafür 26 dagegen 0

Stadträtin Schmidt nimmt Bezug auf die Niederschrift zur Sitzung am 16.03.2021 (Sondersitzung Wohnen) und möchte die Ziffer 3.1 dahingehend korrigieren, dass sie den Aussagen von Bauamtsleiter Graumann hinsichtlich der gesunkenen Aufwendungen für das Notwohngebiet durch den Einsatz von Personal widerspricht. Bauamtsleiter Graumann betont, dass seine damals getroffene Aussage weiterhin Gültigkeit besitze.

Es wird festgelegt, dass der Einwand von Stadträtin Schmidt in das Protokoll zur heutigen Sitzung mit aufgenommen wird.

Die Niederschriften der öffentlichen Sitzungen des Stadtrates vom 16.03.2021 und 23.03.2021 gelten gemäß Art. 54 Abs. 2 GO als genehmigt.

**2. Bestellung von Herrn Jürgen Dorsch zum Kommandanten und Herrn Uwe Degan zum stellvertretenden Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Hohenfeld
Vorlage: 2021/106**

Bürgermeisterin Glos bedankt sich bei der Wehr für ihre Arbeit und für die Bereitschaft von Herrn Dorsch, weiterzumachen. Dies wird mit Beifall aufgenommen.

beschlossen dafür 26 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag 2021/106 wird Kenntnis genommen.
2. Herr Jürgen Dorsch, wohnhaft in Kitzingen-Hohenfeld, wird bis zu einer regulären Wahl zum Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Hohenfeld bestellt.
3. Herr Uwe Degan, wohnhaft in Kitzingen-Hohenfeld, wird bis zu einer regulären Wahl zum stellvertretenden Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Hohenfeld bestellt.
4. Herr Jürgen Dorsch und Herr Uwe Degan besitzen die persönlichen und fachlichen Voraussetzungen für die jeweiligen Ämter.

**3. Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen;
Jahresabschluss 2020
Vorlage: 2021/107**

Stadtkämmerin Dietenberger gibt den Jahresabschluss 2020 der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen zur Kenntnis.

Ohne Abstimmung

1. Vom Sachvortrag 2021/107 wird Kenntnis genommen.
2. Von den Abschlussergebnissen des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts 2020 sowie des beiliegenden Rechenschaftsberichtes der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen wird Kenntnis genommen.

2.1. Abschlussergebnisse

Solleinnahmen Verwaltungshaushalt	3.909,80 €
Solleinnahmen Vermögenshaushalt	<u>792,58 €</u>
	<u>4.702,38 €</u>

Sollausgaben Verwaltungshaushalt	3.909,80 €
Sollausgaben Vermögenshaushalt	<u>792,58 €</u>
	<u>4.702,38 €</u>

Fehlbetrag / Überschuss	0,00 €
-------------------------	--------

2.2. Stand des Stiftungsvermögens 975.700,08 €

4. Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung u.a. zur Bewältigung der Corona-Pandemie
hier: Grundsatzbeschluss zur Zulassung von Sitzungen im Hybridformat
Vorlage: 2021/109

Verwaltungsrat Hartner umreißt das Thema kurz und betont, dass für einen Beschluss hierüber eine Zweidrittelmehrheit des Gremiums notwendig wäre. Die Durchführung von Hybridsitzungen sei aktuell noch relativ schwierig, da das Ministerium noch keine klaren Anwendungskriterien kommuniziert habe.

Stadtrat Dr. Küntzer zeigt sich hinsichtlich der hohen zu erwartenden Kosten und der Datensicherheit im Internet besorgt.

Bezüglich des zweiten Gesichtspunkts stimmt Verwaltungsrat Hartner zu, dass auch der Datenschutzbeauftragte der Stadt Kitzingen, Herr Joos, dies als kritisch erachte. Stadträtin Dr. Endres-Paul wendet ein, dass sie bereits an weltweiten Onlinekongressen teilgenommen habe, welche problemlos funktioniert hätten. Es sei durchaus üblich, nur ein Bild des jeweiligen Redners zu zeigen und diesen nicht live einzublenden. Aus medizinischer Sicht halte sie die Präsenzsitzungen während der Pandemie für bedenklich.

Diese Haltung findet in einigen Teilen des Gremiums Zustimmung, da, unabhängig von der Pandemie, die bessere Vereinbarkeit des Ehrenamts mit Familie und Beruf gesehen wird.

Stadtrat Müller erinnert, dass diese Regelung nur bis Ende 2022 Gültigkeit besäße und man mit der Alten Synagoge einen ausreichend großen, hervorragend gelüfteten Sitzungsraum habe.

abgelehnt **dafür 10 dagegen 17**

1. Vom Sachvortrag 2021/109 wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis damit, unabhängig von der Entwicklung der Corona-Pandemie sogenannte hybride Sitzungen bis 31.12.2022 unter folgenden Bedingungen zuzulassen:
 - 2 a.) Die Höchstzahl an Zuschaltungen wird auf maximal die Hälfte der Stadtratsmitglieder (ohne Oberbürgermeister) begrenzt.
 - 2 b.) Zuschaltungen sind auch bei Ausschusssitzungen zulässig. Die Höchstzahl an Zuschaltungen wird auf maximal die Hälfte der Ausschussmitglieder (ohne Oberbürgermeister) begrenzt.
 - 2 c.) Zuschaltungen können nur in Form von kombinierten Ton-Bild-Übertragungen zugelassen werden, nicht aber als bloße Ton-Übertragungen, weil diese die gerade in den kommunalen Gremien bedeutsamen Diskussionen und Entscheidungsfindungen „von Angesicht zu Angesicht“ nicht ermöglichen.
 - 2 d.) Zuschaltungen sind auch bei nichtöffentlichen Sitzungen zugelassen. Hierbei müssen die zugeschalteten Mitglieder dafür sorgen, dass die Sitzung in ihrem Verantwortungsbereich nur von ihnen wahrgenommen werden kann; ein Verstoß wird wie ein Verstoß gegen die Verschwiegenheitspflicht behandelt und kann entsprechend sanktioniert werden.
3. Es besteht Einverständnis damit, die genannten Hybridsitzungen nach Schaffung der technischen Voraussetzungen auf der Grundlage dieses Beschlusses für das Jahr 2021 durchzuführen und für den Zeitraum ab 01.01.2022 die Geschäftsordnung entsprechend anzupassen und diese dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die notwendige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht, daher gilt der Grundsatzbeschluss als abgelehnt.

5. Beschaffung einer Drehleiter DLK 23/12 für die Freiwillige Feuerwehr Stadt Kitzingen

Vorlage: 2021/110

Sachgebietsleiter Winterstein stellt dar, dass die beiden Drehleitern der Freiwilligen Feuerwehr Kitzingen stark in die Jahre gekommen seien. Mittlerweile würde die Wehr immer häufiger zu Rettungseinsätzen gerufen werden, bei welchen Personen liegend geborgen werden müssten. Auch die Technik habe sich in den vergangenen Jahren weiterentwickelt und Drehleitern verfügten nun über ein Knicksystem. Für die Anschaffung hätten sowohl der Freistaat Bayern als auch der Landkreis Kitzingen Fördermittel zugesagt. Eine Sammelbeschaffung sei leider aufgrund der zurückgezogenen Zusage einer anderen Kommune nicht zustande gekommen.

Wie bereits zuvor, wird die Leistung und der Einsatz der Wehr gelobt.

Stadtrat Müller bittet dringend um Zustimmung, da die Anschaffung zugunsten anderen Projekte bereits seit 2 Jahren verschoben worden sei.

Auf Nachfrage von Stadtrat Sanzenbacher, warum die europaweite Ausschreibung extern durchgeführt werden solle, teilt Sachgebietsleiter Winterstein mit, dass dies auch aufgrund ständiger Änderungen bei den Vorschriften ein sensibles und heikles Thema sei. Ein kleiner Fehler könne zur Folge haben, dass man keine staatliche Förderung erhalte. Daher werde die Ausgabe in Höhe von 5.000,00 – 10.000,00 € in Kauf genommen.

beschlossen dafür 28 dagegen 0

Bürgermeisterin Glos und Sachgebietsleiter Winterstein bedanken sich für den einstimmigen Beschluss

1. Vom Sachvortrag 2021/110 wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Kitzingen beschafft für die Freiwillige Feuerwehr Stadt Kitzingen eine neue Drehleiter DLK 23/12.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, mögliche Zuschüsse zu beantragen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, eine europaweite Ausschreibung zur Beschaffung einer Drehleiter DLK 23/12 durchzuführen.
5. Die Stadtkämmerei stellt für die Anschaffung 740.000,00 € im Haushalt 2021 bereit.

6. Bebauungsplan Nr. 110 "Bahnhofsumfeld Kitzingen"; hier: Aufstellungsbeschluss

Vorlage: 2021/113

Sachgebietsleiterin Kirchner erinnert an den getroffenen Grundsatzbeschluss und teilt mit, dass nun der Aufstellungsbeschluss zwingend sei.

Stadträtin Schmidt erkundigt sich, warum der Friedrich-Bernbeck-Platz mit überplant worden sei, da doch Einigkeit bestanden habe, dort eine Grünfläche zu realisieren. Sachgebietsleiterin Kirchner und Bauamtsleiter Graumann erläutern, dass dies nur der Aufstellungsbeschluss sei, und man deshalb so großzügig geplant habe. Inhalt und Konzept würden dem Gremium noch vorgelegt werden. Auch die zuvor ge-

schätzten 200 Parkplätze könnten nach wie vor geschaffen werden.

Stadtrat Christof zeigt für dieses Vorgehen kein Verständnis. Diese weit gefasste Überplanung mache in seinen Augen keinen Sinn, wenn bereits klar sei, dass man dies wieder ändern werde. Er halte es für besser, Grundsätze gleich zu fixieren anstatt Beschlüsse wieder rückgängig zu machen. Es sei Aufgabe der Verwaltung, den Willen des Stadtrats umzusetzen.

Bauamtsleiter Graumann teilt nochmals mit, dass das fertige Konzept, welches inhaltliche Grundlage für den B-Plan ist, dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt werde. Auch die Frage von Stadtrat Moser nach Verkehrsentwicklung und der Einbindung des ÖPNV sei konzeptionell zu lösen.

Bürgermeisterin Glos wendet sich an Dr. Knobling, welcher sich unter den Zuschauern befindet, und bedankt sich für dessen historischen Rückblick über das Bahnhofsumfeld in „Der Falter“.

beschlossen **dafür 27 dagegen 3**

1. Vom Sachvortrag 2021/113 wird Kenntnis genommen.
2. Der Bebauungsplans Nr. 110 „Bahnhofsumfeld Kitzingen“ wird, wie im Sachvortrag dargestellt, nach § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Abs. 8 BauGB aufgestellt. Gemäß § 13 a BauGB wird der Bebauungsplan als Bebauungsplan der Innenentwicklung im sog. beschleunigten Verfahren aufgestellt. Der Flächennutzungsplan wird im Wege einer Berichtigung angepasst.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Verfahrensschritte für die Aufstellung des Bebauungsplans vorzunehmen.
4. Die bestehenden Gebäude werden als Bestandsgebäude berücksichtigt.

**7. Ergänzungssatzung "Südlich der Johann-Adam-Kleinschroth-Straße", Kitzingen; hier: Beauftragung der Verwaltung, Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 2021/115**

Bauamtsleiter Graumann informiert über die ausführliche Beratung über diese Ergänzungssatzung im Stadtentwicklungsbeirat. Die Entwicklung sei an dieser Stelle nicht leicht. Referent Rank stimmt ihm zu und verdeutlicht die Lage gegenüber dem Baugebiet „Am Hammerstiel“. Es sei kaum vermittelbar, warum man auf der einen Straßenseite bauen könne und auf der anderen nicht. Sachgebietsleiterin Kirchner stimmt zu und unterstreicht, dass es sich hierbei nur um ein Grundstück handle, und dessen Erschließung gesichert sein müsse.

Stadträtin Schwab erkundigt sich, warum die Erschließung über Fl.Nr. 1660/2 und nicht über die Johann-Adam-Kleinschroth erfolge. Die gewählte Option sei ihres Erachtens nach aufgrund der Topographie kaum umsetzbar. Bauamtsleiter Graumann stimmt ihr zu, erläutert jedoch, dass eine Ergänzungssatzung nur dann zur Anwendung kommen könne, wenn die Erschließung vorhanden und gesichert sei. Dies sei bei der Johann-Adam-Kleinschroth-Straße nicht der Fall.

Das Gremium ist sich zu einem großen Teil einig, dass die bereitgestellten Lagepläne wenig aussagekräftig und ansprechend seien und es wird angeregt, dies zu ändern, in dem man zum Beispiel aus Google Maps drucke.

beschlossen **dafür 28 dagegen 1**

1. Vom Sachvortrag 2021/115 wird Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für den Bereich „Südlich der Johann-Adam-Kleinschroth-Straße“ (Flurstück Nr. 1660/1) in Kitzingen eine Einbeziehungsatzung gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB in Verbindung mit § 2 Abs. 1 BauGB

aufzustellen. Der Geltungsbereich ergibt sich aus dem beigefügten Lageplan in der Fassung vom 08.03.2021 (Anlage 1).

8. Offener Ganzttag in der D. Paul-Eber-Mittelschule - Entscheidung über Verlängerung des Vertrages mit bestehendem Kooperationspartner für ein weiteres Schuljahr
Vorlage: 2021/111

Rückblickend auf die Situation im Sommer 2020 führt Sachgebietsleiter Wirth aus, dass es ohne die Defizitübernahme durch die Stadt Kitzingen im Schuljahr 2020/2021 keinen Offenen Ganzttag mit der AWO geben würde. Die AWO sehe keine Möglichkeit mehr, das Defizit auszugleichen. Die Schulleitung der Dr. Paul-Eber Schule spreche sich jedoch wegen der hervorragenden pädagogischen Arbeit ganz klar für eine weitere Zusammenarbeit aus. Der hohe Migrationsanteil und der Förderbedarf machten fachliche Unterstützung unverzichtbar. Zudem seien die damals beschlossenen Mittel nicht abgerufen worden, da die AWO diese schlussendlich nicht benötigt habe. Dies sei wahrscheinlich auf einen Kalkulationsfehler zurückzuführen.

Frau Beinrott (DPE) erhält das Wort und schließt sich der Aussage von Herrn Wirth an. Es sei schwer, eine qualifiziert Alternative zur AWO zu finden und für die Schüler wäre ein Wechsel in der Betreuung aktuell verheerend. Auch die Lehrer sein auf fachlich versierte Kolleginnen und Kollegen angewiesen, da der Förder- und Migrationsanteil bei den Schülern bei 70% liege, der Anteil an Kindern mit geringen Deutschkenntnissen sehr hoch sei. Aktuell würden die Fachkräfte der AWO in der Notbetreuung arbeiten.

Die Räte zeigen sich von den aufgezeigten Umständen betroffen und sehen ebenfalls den Bedarf der Schule. Stadträtin Schmidt mahnt jedoch, dass man für das nächste Schuljahr auch andere Optionen prüfen müsse. Stadtrat Sanzenbacher schließt sich dem an. Stadtrat Dr. Küntzer rät, auf den Landkreis zuzugehen, da ein nicht unbeträchtlicher Anteil der Kinder und Jugendlichen aus der Notunterkunft komme, welche sich im Stadtgebiet befinde. Stadtrat Dr. Pfeiffle hält dies für falsch und verweist auf die Bundesregierung als die Stelle, die hier tätig werden müsste. Er befindet, dass eigentlich noch viel mehr für die Schüler getan werden müsse, missbilligt aber das Vorgehen der AWO. Diese hätte viel früher auf die Verwaltung zugehen müssen.

Sachgebietsleiter Wirth fügt an, dass die hohen Personalkosten ausschlaggebend für das Defizit seien – qualitativ hochwertige Mitarbeiter in entsprechender Anzahl würden natürlich höhere Kosten verursachen und Tarifverträge seien einzuhalten. Die Regierung habe sich klar gegen eine Erhöhung der Förderung ausgesprochen. Nächstes Jahr werde er wieder mit diesem Anliegen im Gremium vorstellig werden müssen, es sei denn, man treffe einen Grundsatzbeschluss.

Stadtrat Paul erinnert, dass die AWO gesagt habe, dass sie die Arbeit zu diesem Betrag nicht werde leisten können, sie aber trotzdem gebeten worden sei, weiter zu machen. Er stimme zum Wohl der Schüler dafür, das Defizit zu tragen.

beschlossen dafür 28 dagegen 1

1. Vom Sachvortrag 2021/111 wird Kenntnis genommen.
2. Für das Schuljahr 2021/2022 wird einer Defizitübernahme von maximal 13.500 € (bei einer Gruppe) bzw. 20.000 € (bei zwei Gruppen) an die AWO Unterfranken als Kooperationspartner der D. Paul-Eber-Schule zugestimmt.
3. Die benötigten Haushaltsmittel sind bereitzustellen.

**9. Erweiterung des Kindergartens Hohenfeld um eine Krippengruppe
hier: Grundsatzbeschluss
Vorlage: 2021/112**

Sachgebietsleiter Wirth umreißt kurz die bereits bekannte Bedarfssituation bei den Betreuungsplätzen. In diesen Fall habe man die ideale Situation, ein geeignetes Nachbargebäude zu besitzen, in welchem die Krippengruppe untergebracht werden könne. Den aktuellen Bewohnern sei bereits ein adäquates Wohnangebot unterbreitet worden. Der Bedarf an ca. 20 Krippenplätzen sei unstrittig.

Bürgermeisterin Glos weist daraufhin, dass man hier über die Leistungsphasen 1 bis 3 beschließe, nicht 1 und 2, wie in der Sitzungsvorlage aufgeführt. Hierbei handle es sich um einen redaktionellen Fehler.

Bauamtsleiter Graumann stimmt der Einschätzung von Stadtrat Markert und Stadtrat Rank, dass es ein kostenintensiver Fehler sei, nach HOAI auszuschreiben, nicht zu. Man werde selbstverständlich verschiedene Angebote einholen und prüfen müssen. Eventuell werde die Leistungsphase 4 gleich mit vergeben.

Stadträtin Schmidt ist verärgert, dass man diese Planungen nicht im Rahmen der Haushaltsberatungen mitgeteilt habe und dass keine Pläne für das Obergeschoss angefügt seien. Bürgermeisterin Glos antwortet, dass sich alles etwas zeitlich verzögert und es daher zum Haushalt nicht gereicht habe. In der Vorbesprechung habe Einigkeit bestanden, dass man Leistungsphase 3 mit bearbeiten lasse.

Sie sagt zu, dass die Verwaltung Stadtrat Sanzenbacher eine Übersicht zukommen lassen werde, welche den Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen je Stadtteil darstelle.

Stadtrat Müller spricht sich vor dem Hintergrund einer zügigen Bearbeitung und wegen der Förderung in Höhe von 30% für eine sofortige Bearbeitung der Leistungsphase 4 aus. Eine separate Abstimmung über die Vergabe der Leistungsphasen 1 bis 4 wird durchgeführt.

beschlossen dafür 30 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag 2021/112 wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, am Kindergarten-Standort Marktstefer Straße in Hohenfeld weitere Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen. Die Verwaltung wird beauftragt, Möglichkeiten für eine Erweiterung zu prüfen.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, weitere erforderliche Fachplaner für die Durchführung der Maßnahme zu beauftragen.
4. Die hierfür notwendigen Haushaltsmittel in Höhe von 40.000,- € sind für 2021 außerplanmäßig bereitzustellen.

beschlossen dafür 21 dagegen 9

5. Ein Architekturbüro wird stufenweise mit den Leistungsphasen 1 bis 4 HOAI beauftragt.

Bürgermeisterin Glos unterbricht die Sitzung von 19:25 Uhr – 19:37 Uhr für eine kurze Pause.

**10. Schaffung von Betreuungsplätzen
hier: Anmietung des Kindergarten Marshall Heights in den Jahren 2021-2027
Vorlage: 2021/119**

Die Stadträte Dirk und Georg Wittmann sind aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung ausgeschlossen und verlassen ihren Sitzplatz.

Sachgebietsleiter Wirth informiert, dass der Neubau des Kindergarten St. Johannes Ende des Jahres fertig gestellt sein sollte und das Ausweichquartier in den Marshall Heights somit frei werde. Der Eigentümer habe zugesagt, dass die Stadt den Kindergarten für weitere 6 Jahre anmieten könne. Dieser sei voll eingerichtet und entspreche den Vorgaben. Zudem sei dies förderfähig, eine schriftliche Zusage der Regierung von Unterfranken liege aber noch nicht vor. Verwaltungsrat Hartner verneint die Frage, ob die Herrichtung der Außenanlagen gefördert würden. Er schätze, die Ausgaben würden sich auf circa 20.000,00 €– 30.000,00 € belaufen.

Bürgermeisterin Glos stimmt dem Vorschlag einiger Stadträte zu, den Eigentümer zum Verkauf zu bewegen und zu versuchen, in den Mietvertrag eine Kaufoption mit auf zu nehmen. Dies sei auch bereits verwaltungsintern festgelegt worden. Der Zusatz wird als Punkt 5 in den Beschlussvorschlag aufgenommen.

Sie sichert Stadtrat Popp eine Aufstellung der bisher für das Gebäude bezahlten Miete zu. Dies könne jedoch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Stadträtin Schmidt hinterfragt die Bedarfszahlen, da ihres Erachtens nach bis zum Jahr 2022 ein Überangebot an Betreuungsplätzen geschaffen werde. Dies sei zwar eine wichtige Angelegenheit, allerdings seien auch die Kosten entsprechend hoch. Sachgebietsleiter Wirth führt aus, dass der Überschuss rein rechnerisch zwar existiere, in der Realität jedoch noch weitere Faktoren, wie zum Beispiel erhöhter Förderbedarf hinzukämen, welche den Betreuungsschlüssel veränderten. Außerdem sei die Planung anhand Daten aus dem Jahr 2019 entstanden und die Einwohnerzahl Kitzingens steige stetig.

Stadtrat Dr. Küntzer stimmt ihm zu und mahnt, dass man seit 5 Jahren versuche, dem wirklichen Bedarf gerecht zu werden und viele Einrichtungen an der Grenze der Kapazität, auch bedingt durch betreuungsintensivere Kinder, arbeiteten.

Sachgebietsleiter Wirth erklärt, dass der Grundsatzbeschluss notwendig sei, um die Trägerausschreibung durchzuführen. Anschließend würde man erneut im Gremium vorstellig werden. Er und Verwaltungsrat Hartner stimmen Stadtrat Moser zu, dass die Verwaltung wahrscheinlich trotz Defizitvereinbarung schlussendlich wieder Mehrkosten tragen werde. Kinderbetreuung sei jedoch unstrittig wichtige Pflichtaufgabe einer Kommune.

beschlossen dafür 27 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag 2021/119 wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, den Kindergarten in der Levi-Strauss-Straße 50 für weitere sechs Jahre (01.09.2021-31.08.2027) anzumieten, um dort Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Träger-Ausschreibung vorzunehmen.
4. Die benötigten Haushaltsmittel sind bereitzustellen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten zur Verlängerung des Mietvertrages und/oder Kaufoption mit in den Vertrag aufzunehmen:

Die Stadträte Dirk und Georg Wittmann nehmen ihren Platz wieder ein.

**11. Multifunktionshaus für Jugend und Familie (HfJuF)
hier: Entwurfsplanung und Kostenberechnung
Vorlage: 2021/101**

Sachgebietsleiter Schrauth informiert, dass man nun bei Leistungsphase 3 des Projektes angekommen sei. Gegenüber den ersten Planungen seien einige Änderungen notwendig geworden. Die geplante Dachterrasse entfiere, ein ebenerdiger Zugang zum Keller wurde geplant. Das Baufeld habe sich als unerwartet schwierig erwiesen. Insgesamt seien die Kosten aber ungefähr gleichgeblieben. Um 2022 beginnen zu können, müssten nun die Leistungsphasen 5 bis 9 beschlossen werden.

Die Stadträte Sanzenbacher und Pauluhn monieren, dass man den Preis nur durch Abstriche halten konnte und es sich daher eigentlich um eine Steigerung der Kosten handle.

Die Verwaltung werde dem Wunsch nachkommen, und ermitteln, auf welcher Preisbasis man kalkuliert habe. Zudem gebe man zu bedenken, wie groß das Gelände sei und dass auch das Radlernerst grundlegend umgestaltet werde. Bürgermeisterin Glos betont, dass man zuversichtlich sei, den gesetzten finanziellen Rahmen einhalten zu können. Verwaltungsrat Hartner erinnert, dass die Maßnahme keineswegs überdimensioniert sei, sondern eine Anlaufstelle für Jugend und Familien sein werde. Er verweist auf den Vortrag von Frau Beinrott und Frau Krämer (siehe Ziffer 8) und stellt dar, dass mit dem Haus für Jugend und Familie, die städtische Familienpolitik auf eine neue Grundlage gestellt werde. Er sei davon überzeugt, dass der Bedarf bereits jetzt gegeben sei und bedauert, dass der Landkreis im Bereich Jugendhilfe aus seiner Sicht zu wenig in Prävention investiere. Stadttrat Dr. Küntzer und teilt mit, dass neben Seminarräumen auch die „Rappelkiste“ Platz finden würde. Man habe eine alternative Heizung eingebaut, weil man die Ausgaben im Blick behalte. Der Verwaltung sei bekannt, dass es eventuell ein weiteres Förderprogramm geben werde, welches in Frage kommen könnte; hierzu könne man aber zum jetzigen Zeitpunkt noch nichts Genaues sagen.

Die Räte zeigen sich besorgt über die ansteigenden Holz- und Holzwerkstoffpreise. Der Hochbau sei sich dessen bewusst, man gehe nur von einem temporären Peak aus. Selbstverständlich werde dies aber im Auge behalten. Die Möglichkeit, die geplanten Rasengittersteine durch Schotterrasen zu ersetzen, und die Bereitstellung der von Stadträtin Tröge angeregten Außentoilette würden geprüft werden.

Die Zufahrt der Spedition Hofmann zum Betriebsgelände müsste weiterhin über die Jahnstraße erfolgen können. Stadträtin Dr. Kramer-Grünwald befürchtet, dass die erforderlichen 1,5 m Abstand beim Überholen von Fahrradfahrern nicht eingehalten werden könnten. Das Bauamt halte die Straßenbreite für ausreichend und gegebenenfalls müsse ein Verkehrsteilnehmer kurz warten, aber auch dies werde man nochmals kontrollieren.

Sachgebietsleiter Kulczynski wird nochmals auf die Anwohner zugehen und versuchen, deren Bedenken zu zerstreuen.

beschlossen dafür 25 dagegen 5

1. Vom Sachvortrag 2021/101 wird Kenntnis genommen.
2. Das Projekt „Neubau Multifunktionshaus für Jugend und Familie“ wird entsprechend der vorliegenden Entwurfsplanung umgesetzt (siehe Anlage).
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die weiteren Leistungsphasen (LPH 5 – 9) an die Architekten und Fachplaner zu beauftragen.

**12. Erweiterung Kindergarten Alemannenstraße
hier: Entwurfsplanung und Kostenberechnung
Vorlage: 2021/102**

Sachgebietsleiter Schrauth erläutert, dass in der heutigen Sitzung die Leistungsphase 3 zu beschließen sei. Seit der Vorstellung in der Sitzung am 19.11.2021 hätten sich keine wesentlichen Änderungen ergeben. Man habe jedoch eine Außentoilette für die neue Naturgruppe in die Planungen mit aufnehmen und den Küchenbereich etwas anders gestalten und mit entsprechender Technik ausstatten müssen. Dies habe die Kosten etwas angehoben.

Er bejaht, dass man eine Photovoltaikanlage sowie eine Flachdachbegrünung plane. Stadträtin Dr. Endres-Paul erfragt, ob man die Sonderförderung über zusätzlich 30% bei einem der aktuellen Kindergarten-Projekte erhalten könne. Die Verwaltung tue ihr Möglichstes, um die Gelder für diese Maßnahme zu erhalten, es bestehe aber Zeitdruck. Aufgrund weiteren Fragen zur Förderung, wird zugesagt, zu ermitteln, wie groß die förderfähige Fläche in qm sei.

beschlossen dafür 28 dagegen 0

4. Vom Sachvortrag 2021/102 wird Kenntnis genommen.
5. Das Projekt „Erweiterung Kindergarten Alemannenstraße“ wird entsprechend der vorliegenden Entwurfsplanung umgesetzt (siehe Anlage).
6. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die weiteren Leistungsphasen (LPH 5 – 9) an die Architekten und Fachplaner zu beauftragen.
7. Die im Haushalt bereitgestellten Mittel i. H. v. 2,50 Mio. € werden um 280.000,- € auf 2,78 Mio. € erweitert.

13. Anträge von Fraktionen und Gruppen

**13.1. Antrag der CSU-Fraktion vom 04.02.2021;
Planungsauftrag "neue Obdachlosenunterkunft" - Notwohngebiet
Vorlage: 2021/121/1**

Mit der Verschiebung der Behandlung der Ziffer 13 (Unterpunkte 13.1. bis 13.5) auf die nächste Sitzung des Stadtrats besteht Einigkeit.

Die Ziffer 13 wird daher komplett zurückgestellt.

zurückgestellt

**13.2. Antrag Bündnis 90 Die Grünen; Hier: Festsetzung von PV-/Solar-Anlagen und Zisternen in neuen Bebauungsplänen
Vorlage: 2021/116**

Mit der Verschiebung der Behandlung der Ziffer 13 (Unterpunkte 13.1. bis 13.5) auf die nächste Sitzung des Stadtrats besteht Einigkeit.

Die Ziffer 13 wird daher komplett zurückgestellt.

zurückgestellt

**13.3. Antrag der CSU-Stadtratsfraktion zur Umsetzung priorisierter Maßnahmen.
hier: Planungsauftrag-/vergabe Königsplatz - Städtebaulicher Wettbewerb
Vorlage: 2021/114**

Mit der Verschiebung der Behandlung der Ziffer 13 (Unterpunkte 13.1. bis 13.5) auf die nächste Sitzung des Stadtrats besteht Einigkeit.

Die Ziffer 13 wird daher komplett zurückgestellt.

zurückgestellt

**13.4. Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe vom 15.01.2021;
Errichtung eines Hundespielplatzes
Vorlage: 2021/120**

Mit der Verschiebung der Behandlung der Ziffer 13 (Unterpunkte 13.1. bis 13.5) auf die nächste Sitzung des Stadtrats besteht Einigkeit.

Die Ziffer 13 wird daher komplett zurückgestellt.

zurückgestellt

**13.5. Antrag Umweltbeirat; Hier: Begrünung von Flachdächern von Industriebetrieben und Gewerbetreibenden
Vorlage: 2021/117**

Mit der Verschiebung der Behandlung der Ziffer 13 (Unterpunkte 13.1. bis 13.5) auf die nächste Sitzung des Stadtrats besteht Einigkeit.

Die Ziffer 13 wird daher komplett zurückgestellt.

zurückgestellt

14. Berichtswesen

Bürgermeisterin Glos verweist auf das vorliegende öffentliche Berichtswesen zum Stadtrat 22.04.2021.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

14.1. Lfd.Nr. 23: Baumersatzpflanzungen

Stadtrat Sanzenbacher erkundigt sich, warum die Baumersatzpflanzungen in der Kanzler-Stürtzel-Straße noch nicht vorgenommen worden seien. Bauamtsleiter Graumann teilt mit, dass man noch nach einer langfristigen Lösung Suche. Er wird sich in seinem Amt erkundigen und dann informieren. Der Stadtrat erinnert auch daran, dass an der Sicker 5 Bäume gefällt worden seien, welche im Schlüssel 1 zu 3 ersetzt werden müssten. In der Liste mit den optionalen Bäumen seien auch Gehölze aufgeführt. Dies sei nicht korrekt. Auch hierzu wird er eine Antwort der Verwaltung erhalten.

Lfd.Nr. 8: Parkplätze Bleichwasen

Bauamtsleiter Graumann bejaht die Frage von Stadtrat May, dass man wegen der Neugestaltung des Parkplatzes am Bleichwasen auch auf die Anwohner zuzugehen werde.

15. Sonstiges

15.1. Obere Anlagen

Stadtkämmerin Dietenberger führt auf Nachfrage aus, dass die Stadt einen Gutachter suche. Der Umweltbeirat habe das Gebiet bereits besichtigt und sich die Situation erläutern lassen. Ihrer Informationen nach würde die Kindergartenleitung die Waldfläche bereits meiden.

15.2. Sachstand Baumaßnahme Marktstraße 21

Rechtsdirektorin Schmöger antwortet Stadtrat Paul, dass man noch kein Schreiben der Regierung bezüglich der Maßnahme erhalten habe.

15.3. Ungeziefer im Bahnhofsgebäude

Der Bitte von Stadtrat Pauluhn, dass sich der städtische Bauhof um das Ungeziefer im Bahnhof kümmern solle, werde gefolgt werden.

Bürgermeisterin Astrid Glos schließt die öffentliche Sitzung um 21:00 Uhr.

Vorsitz

Schriftführung

Astrid Glos
Bürgermeisterin

Bettina Lode
Angestellte